

Bush – Schröder

Zwei Wege – eine Logik

von Winfried Wolf

Als sich am 23. Februar George W. Bush und Gerhard Schröder in Mainz trafen, hätte der geschichtliche Hintergrund kaum kontrastreicher sein können. Sechzig Jahre zuvor hatten US-Truppen in der Nähe von Mainz den Rhein erreicht. Berlin war von der Roten Armee umschlossen. Die Befreiung vom Faschismus war zum Greifen nah – die Befreiung von einem System, das Europa mit unvorstellbarem Leid überzog, der jüdischen Bevölkerung den Holocaust gebracht hatte, in dem zuvor die deutsche Arbeiterbewegung zerschlagen und tausende Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter ermordet worden waren. Vor sechzig Jahren lagen das NS-Regime und mit ihm seine Auftraggeber, die deutschen Konzerne und Banken, am Boden.

60 Jahre danach sagt die Statistik Erstaunliches: Das Bruttoinlandsprodukt der EU (mit 25 Mitgliedstaaten) war 2004 erstmals größer als dasjenige der USA (9747 Milliarden gegenüber 9711 Milliarden Euro). Bei den Exporten liegt die EU weit vor den USA. Die mit Abstand führende EU-Macht ist jenes Deutschland, das vor 60 Jahren endgültig aus dem Feld geschlagen schien. Bush in Mainz: „Dieses großartige Land ist das Herz Europas“.

Als am 23. Februar der US-Präsident und der Bundeskanzler in Mainz zusammenkamen, betonten beide Einigkeit. Bush lobte den Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Schröder versprach verstärkte Hilfe im Irak. Beide Seiten sehen die irakischen Wahlen als „demokratische Willensbekundung“. Beide betonen die „gemeinsame Linie“ gegenüber dem Iran. Bush und Schröder hoben die „strategische Bedeutung der Region des Mittleren und Nahen Ostens“ hervor. Sie bezogen sich dabei stillschweigend auf den Schmierstoff der Weltwirtschaft, das Rohöl, und dessen Transportwege.

Verschiedene Ereignisse im Umfeld des Mainzer Gipfels verdeutlichen neben all den Gemeinsamkeiten die Differenzen. Bush hielt sich in Mainz in Sachen „Krieg gegen den Terror“ zurück. Wenige Stunden danach beim Truppenbesuch in Wiesbaden, sprach er Klartext: „Wir haben den Terroristen gezeigt, dass keine Höhle tief genug ist, um sich vor der amerikanischen Gerechtigkeit zu verstecken.“ Bush, Rice und Rumsfeld wollen den aggressiven Kriegskurs fortsetzen. Alberto Gonzales wurde neuer US-Justizminister. Der Mann hatte 2002 die schriftliche Vorlage verfasst, wonach für US-Truppen das strikte Verbot von Folter „obsolet“ ist. ***Bush will in seiner zweiten Amtsperiode die wirtschaftliche Schwäche der USA überspielen und die militärische Stärke der USA nutzen.***

Nach dem Mainzer Gipfel absolvierte Gerhard Schröder eine Rundreise durch arabische Staaten. Im Kanzlertross waren Vertreter deutscher Rüstungsunternehmen, so von Rheinmetall und Diehl. Im Ergebnis sollen an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate Leo-II-Schützenpanzer, Fuchs-Spürpanzer und U-Boote geliefert werden. Einzelne OPEC-Staaten wollen ihre Währungsreserven von Dollar-Anleihen in Euro-Anlagen umschichten. Das Emirat Dubai steigt bei DaimlerChrysler als neuer Großaktionär ein. ***Die Bundesregierung und die EU wollen ihre militärische Schwäche überspielen und ihre wirtschaftliche Stärke nutzen. Mit Diplomatie, Handel und Waffenexporten soll der Einfluss in der Ölregion und die Konkurrenzposition gegenüber den USA ausgebaut werden.***

So unterschiedlich die Politik der Regierungen in der EU und in den USA ist, sie folgen derselben zerstörerischen Logik. Vor allem legen sie die Lunte an zwei Pulverfässer. Das ist das ***Pulverfass Ölregion***. Es gibt keine westliche Politik zur Hinwendung auf alternative Energien. Im Gegenteil: Die Abhängigkeit der Weltwirtschaft von der knappen

Ressource Rohöl wird erhöht. Die Ölregion wird hochgerüstet. Neue Krisen in Syrien, Libanon und Venezuela werden geschürt. Der militärische Griff um Ölquellen und Öltransportwege wird enger. Gegenüber dem Iran wird die Politik der Erpressung und Einkreisung verstärkt. Die Regierung in Tel Aviv setzt ihre Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten fort und prüft die Möglichkeit eines militärischen Erstschlags gegen den Iran. Der Westen produziert in der strategisch entscheidenden Region der Welt Ohnmacht, Verzweiflung und Terrorismus.

Da ist das **Pulverfass Weltwirtschaft**. Überall werden die Masseneinkommen gesenkt. Die Massenerwerbslosigkeit wird durch Arbeitszeitverlängerungen und Senkung öffentlicher Investitionen erhöht. Der Sozialstaat und die öffentliche Versorgung werden abgebaut. Rüstungsprogramme und der militärisch-industrielle Komplex werden ausgebaut. Die USA sind zwar unbestrittene Militärmacht Nr. 1, gleichzeitig aber auch der größte Schuldner in der Welt. In den vergangenen zwei Jahren waren es vor allem asiatische Staaten, darunter China, die Entwicklungshilfe für die US-Ökonomie leisteten, US-Anleihen im Wert von mehreren Hundert Milliarden US-Dollar aufkauften und so einen weiteren Sturz des Dollar-Kurses verhinderten. Die westliche Wirtschaftspolitik produziert Erschütterungen des Weltfinanzsystems und die Gefahr einer neuen Weltwirtschaftskrise.

Ohne Zweifel erlebte die Friedensbewegung in den letzten zwei Jahren einen erheblichen Rückgang. Das ist schmerzhaft, aber nicht ungewöhnlich. Die Gewalt des Militärischen, die Brutalität der Folterbilder und der Zynismus der Mächtigen bewirken auch Ohnmacht. Anders als im Vietnam-Krieg oder in Zeiten der Nikaragua-Solidarität fehlt im Irak-Krieg eine „gute Seite“. Vielfach herrscht der Eindruck, die aggressive und asoziale Politik der westlichen Regierungen werde über alle Massendemonstrationen hinweg fortgesetzt.

Dennoch findet die Politik für Rüstung und Sozialabbau keine Mehrheit. Im Februar 2005 sprachen sich in Polen in Umfragen 72 Prozent für den Abzug der polnischen Truppen aus dem Irak aus. Zur gleichen Zeit beschloss die kanadische Regierung unter dem Druck der Bevölkerung, sich nicht am Raketenabwehrsystem „Missile Defense“ zu beteiligen. In Italien wird nach dem Mordanschlag von US-Soldaten auf die Journalistin Giuliana Sgrena mehrheitlich der Rückzug der italienischen Einheiten aus dem Irak gefordert. In Frankreich gingen im März Hunderttausende gegen Arbeitszeitverlängerung und Sozialabbau auf die Straße. In Israel sprechen sich junge Menschen öffentlich gegen den Einsatz der Armee in den Palästinenser-Gebieten aus. Die US-Armee kann ihr Soll zur Werbung neuer Berufssoldaten nicht erfüllen; das Sterbegeld für GIs muss auf 100.000 US-Dollar erhöht werden – rückwirkend ab Oktober 2001. Auf dem Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre im Februar verbanden die dort versammelten 150.000 Menschen ihre sozialen Forderungen mit der Forderung nach Abzug der US-Armee aus dem Irak.

Und warum bloß kam Bush nur nach Mainz und nicht nach Berlin? Massenproteste wie beim Bush-Besuch im Mai 2002 und kurz vor dem Irak-Krieg im Februar 2003 sollten verhindert werden. Doch es wird sie wieder geben. Notwendig bleibt das Engagement für Frieden und für eine gerechte und soziale Welt.

Aus:

ZgK

Zeitung gegen den Krieg

Nr. 20 / Ostermarsch 2005